

Humla Distrikt erkunden. Ein siebenköpfiges Team unter Führung von TAAN Vize-Präsident Rana Bahadur Khadka wurde mit der Erkundung beauftragt. Zum Team zählen neben Khadka ein Videofilmer, ein Gutachter und ein Kartenzeichner. Eine 19-köpfige Begleitgruppe wird sich um die logistische Unterstützung des Explorationsteams kümmern. „Das Team wird von Nepalgunj nach Simikot fliegen und von dort bis nach Hilsa trekken, das an der nepalisch-chinesischen Grenze liegt. Von dort wird es bis zum Mugu-Distrikt weiterlaufen und via Talcha nach

Nepalgunj zurückfliegen. Die ganze Tour soll 23 Tage dauern“, erklärte TAAN. „Wir erkunden neue Seitenpfade des *Great Himalaya Trail*. Wir werden ein neues Trekkingprogramm für die Humla-Mugu Region erkunden“, sagte Khadka. „Wir werden Karten und eine Dokumentation erstellen, um den Tourismus in dieser Gegend zu fördern.“ Im vergangenen Jahr hatte TAAN ähnliche Erkundungen im Lumba-Sumba-Gebiet der Kanchanjunga-Region, im Unteren Manaslu in der Manaslu-Region sowie in Dolpo (Westnepal) vorgenommen.

Das Machtkartell der „Großen Vier“

Nepal im Bann erodierter Rechtsstaatlichkeit, verfestigter Straflosigkeit und wachsender Politikverdrossenheit

Thomas Döhne

Zwei heftig umstrittene politische Entscheidungen der vier großen Mainstream-Parteien haben in den letzten Monaten die öffentliche Debatte in Nepal beherrscht: Die Bildung einer „technokratischen“ Übergangsregierung unter Leitung des Vorsitzenden Richters des Obersten Gerichts Khil Raj Regmi sowie die Ernennung von Lokman Singh Karki zum Leiter der Antikorruptionsbehörde *Commission for Investigation of Abuse of Authority* (CIAA). Erst kürzlich ist der neueste Jahresbericht von *Amnesty International* erschienen. Darin heißt es lapidar, die Straflosigkeit im Land habe sich weiter verfestigt.

Es gibt das großartige Foto einer jungen Frau, die im Frühjahr 2006, während des Volksaufstands gegen die autokratische Herrschaft von König Gyanendra (*Jana Andolon II*), mutig vor dem Narayanhity Palast demonstriert, ein Plakat in die Höhe haltend, auf dem in selbstgemalten Buchstaben geschrieben steht: „We want true Democracy“. Nichts kann die Aspirationen Hunderttausender, die damals unter hohen Risiken für Leib und Leben auf die Straße gingen, besser zusammenfassen, als dieses Bild. Größer kann der Kontrast zwischen dem, was heute im Land passiert und der von vielen geteilten Vision einer „wahren Demokratie“ kaum sein. Was also ist in den letzten Monaten geschehen?

Kontroverse Absprachen

Am 13. März 2013 verständigten sich die führenden Politiker der vier großen politischen Mainstream-Parteien *Unified Communist Party of Nepal – Maoist* (UCPN-M), *Nepali Congress* (NC), *Communist Party of Nepal – Unified Marxist-Leninist Party of Nepal* (CPN-UML) und *United Democratic Madhesi Front* (UDMF) hinter verschlossenen Türen darauf, den amtierenden Vorsitzenden Richter des Obersten Gerichts Khil Raj Regmi zum Vorsitzenden eines technokratischen Übergangskabinetts zu machen. Dieses Kabinett hat das begrenzte Mandat, bis zum 15. Dezember Neuwahlen für eine Verfassungsgebende Versammlung (*Constituent Assembly*, CA) abzuhalten. Regmi wurde im Eilver-

fahren bereits am nächsten Tag von Präsident Baran Yadav vereidigt, obwohl er der Aufforderung vieler, zuvor sein Amt als Oberster Richter niederzulegen, nicht nachgekommen war. Als Vorsitzender des Ministerrats darf Regmi keine richterlichen Funktionen wahrnehmen. In dieser Zeit soll der zweithöchste Richter stellvertretend dessen Aufgaben am Obersten Gerichts übernehmen.

Gewaltenteilung verwischt

Kritiker bemängeln, dass Regmi weiter Einfluss auf richterliche Entscheidungen ausüben kann. Damit werde die Unabhängigkeit der Justiz kompromittiert und ein wichtiges Verfassungsorgan beschädigt. Das fragwürdige Arrangement wird von der

nepalischen Anwaltskammer *Nepal Bar Association*, verschiedenen Studentenverbänden und zahlreichen zivilgesellschaftlichen Gruppen, Journalisten und Politikern kleinerer Parteien vehement kritisiert, da es ein demokratisches Grundprinzip, nämlich die Achtung der Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative, verwischt. Doch die Proteste gegen Remis Ernennung und die wiederholte Aufforderung an ihn, wenigstens von seinem Amt als Vorsitzender Richter zurückzutreten, blieben nahezu folgenlos. Kritische Stimmen aus den Medien, der Zivilgesellschaft und den eigenen Reihen wurden vom Machtkartell der „Großen Vier“ abgebügelt oder ignoriert, entsprechende Eilanträge vom Obersten Gericht abgelehnt. Es gilt als offenes Geheimnis, dass externe Kräfte – vor allem Indien, die EU und die USA – Druck auf die politische Klasse ausgeübt haben, um sicherzustellen, dass auf jeden Fall im Dezember 2013 Wahlen stattfinden, wie fragwürdiger Legitimität auch sein möge.

Straflosigkeit auf breiter Front

Die „Kompromissbereitschaft“ beziehungsweise Prinzipienlosigkeit der von den „Großen Vier“ hinter geschlossenen Türen verhandelten Übereinkunft geht so weit, dass niemand – auch nicht Personen, gegen die Strafverfahren wegen Mordes, Korruption oder anderer Verbrechen anhängig sind – von der Teilnahme an den Wahlen ausgeschlossen werden soll. Damit wollen die „Großen Vier“ ihre eigenen Reihen festigen und sicherstellen, dass einflussreiche Parteimitglieder, gegen die Strafverfahren anhängig sind oder drohen, vor Strafverfolgung geschützt werden. Dies schließt nahtlos an einen von der im April 2013 zurückgetretenen UCPN-M geführten Koalitionsregierung erarbeiteten Gesetzesentwurf für die Einrichtung einer Friedens- und Versöhnungskommission an. Dieser Entwurf beinhaltet ein allgemeines Amnestieversprechen, das die Täter vor

Strafverfolgung schützen soll und internationalen Menschenrechtsnormen zuwiderläuft. Im Klartext bedeutet dies alles: Straflosigkeit auf breiter Front.

Der nächste Eklat

Kaum hatte sich die Aufregung über Regmis Ernennung ein wenig gelegt, wurden Anfang Mai die leitenden Positionen dreier wichtiger Verfassungsorgane ebenfalls in gegenseitigem Einverständnis der „Großen Vier“ neu besetzt: die Antikorruptionsbehörde *Commission of Inquiry into the Abuse of Authority* (CIAA); der Rechnungshof *Office of the Auditor General* und die für den Öffentlichen Dienst zuständige *Public Service Commission*. Als in der Öffentlichkeit bekannt wurde, dass sich die Parteien auf den von Maoistenchef Dahal eingebrachten Vorschlag geeinigt hatten, ausgerechnet Lokman Singh Karki, den früheren Leitenden Staatssekretär der von König Gyanendra geführten autokratischen Regierung, zum Chef der mächtigen Antikorruptionsbehörde CIAA zu ernennen, brach erneut ein Sturm der Entrüstung los.

Zivilgesellschaft bleibt außen vor

Karki war 2005 per königlichem Erlass (*bukum pramang*) zum Verwaltungschef des vom König geführten Kabinetts ernannt worden. In dieser Funktion soll er maßgeblich an der Unterdrückung der Volksbewegung gegen die autokratische Königsherrschaft beteiligt gewesen sein. Dieser Vorwurf wird durch den Bericht der 5-köpfigen Kommission unter Vorsitz des damaligen Verfassungsrichters Rayamajhi bestätigt. Zudem gab es in der Vergangenheit wiederholt Korruptionsvorwürfe gegen Karki, die jedoch nicht strafrechtlich verfolgt wurden. Erneut kam es zu Demonstrationen und Protesten auf breiter Front. Eilklagen gegen die Ernennung Karkis wurden beim Obersten Gericht eingereicht. Führende Politiker von NC und

CPN-UML sahen sich aufgrund massiven parteiinternen Drucks gezwungen, zurückzurudern und die von ihnen mitgetragene Entscheidung in der Öffentlichkeit zu revidieren oder Gewissensnöte geltend zu machen. Wieder wurden die kritischen Stimmen aus der Zivilgesellschaft ignoriert und die Proteste verhallen ungehört. Im Eilverfahren wurde Karki auf den Posten gehievt und am 8. Mai von Präsident Yadav vereidigt.

Manifeste Politikverdrossenheit

Erneut war viel vom Einfluss „externer Kräfte“, aber auch von Bestechlichkeit die Rede. Es ist schwer, den Wahrheitsgehalt solcher (Schutz-)Behauptungen einzuschätzen. Diese lassen in der Öffentlichkeit den Eindruck entstehen, dass das Führungspersonal der „Großen Vier“ prinzipienlos agiert und die nationalen Interessen und die Souveränität des Landes leichtfertig aufs Spiel setzt, wenn es um den eigenen Machterhalt geht. Solche oftmals intransparenten Machenschaften, bei denen der Zweck die Mittel heiligt, haben in der Bevölkerung zu einer manifesten Politikverdrossenheit geführt. Der bekannte Journalist Yubraj Ghimire sieht Nepal inzwischen an einem Punkt angelangt, wo Begriffe wie „Verfassung“, „Konstitutionalismus“ und „verfassungsmäßige Regierung“ keine Bedeutung mehr haben, zu bloßen Worthülsen verkommen sind. Er konstatiert angesichts sinkender Glaubwürdigkeit der etablierten Parteien geringen Enthusiasmus in der Bevölkerung im Hinblick auf die zum Jahresende in Aussicht gestellten Wahlen und sagt eine niedrige Wahlbeteiligung voraus. Falls sie überhaupt stattfinden werden, versteht sich. Es wird also noch eine Weile dauern, bis die Vision von „wahrer Demokratie“ in Nepal Realität wird.

Zum Autor

Thomas Döhne, Nepal-Experte, lange Zeit Mitglied im Vorstand des Südasienbüros, arbeitet zurzeit als Berater bei einer regierungsnahen Trainingseinrichtung in Kathmandu.